



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 28.04.2026

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:36 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Creutzmann, Jürgen
Drescher, Michael
Gettwert, Volker, Dr.
Gutgesell, Andreas
Hörter, Frank
Kolb, Thorsten
Konstandin, Angelika
Kröner, Holger
Lüthje-Lenhardt, Monika
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Reichenbacher, Nina
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Schaier, Barbara
Schneider, Birgit
Schwab, Petra
Schwarz, Simon
Wenz, Jonathan

Schriftführerin:

Wenz, Sabrina

Verwaltung:

Bauer, Christian
Broll, Dominik
Pöschl, Marcus
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Vortisch, Volker Hans -entschuldigt-



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 20.04.2026.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 23.04.2026.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 14 von 22 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Tilo Reeb
Gemeinderat Markus Ringwald



TAGESORDNUNG

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Ausbau Deutsche Glasfaser **BV/673/2025/1**
 - Aktueller Stand
 - Weitere Vorgehensweise
 - Kenntnisnahme und Information
3. Breitbandversorgung Schnellermühle Berghausen und Aussiedlerhöfe **BV/724/2026**
 - Auftragsvergabe nach Ausschreibung
 - Beratung und Beschlussfassung
4. Einrichtung einer Ganztagesgrundschule an der Schloßgartenschule Berghausen **BV/628/2025/2**
 - Beratung und Beschlussfassung
5. Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen **BV/708/2026/1**
 - Beratung und Beschluss
6. Elternbeiträge in der Schülerbetreuung **BV/728/2026/1**
 - Beratung und Beschluss
7. Änderung der Hauptsatzung - Änderungssatzung 2026 **BV/721/2026/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
8. "Grüner Wohnen in der Wesebachstraße", OT Söllingen **BV/725/2026/1**
 - Anpassung Durchführungsvertrag
 - Beratung und Beschlussfassung
9. Bebauungsplan "Heilbrunn-Engelfeld", 2. Änderung - Sportanlage, OT Söllingen **BV/726/2026/1**
 - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
 - Beratung und Beschlussfassung
10. Mitteilungen der Bürgermeisterin
11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Bürgerin aus Berghausen teilt mit, dass sowie sie die Elternvertreterin der Schlossgartenschule sei und bereits konstruktive Gespräche stattgefunden haben. Sie merkt an, dass die Argumente der Elternvertretung in der Sitzungsvorlage nicht enthalten gewesen seien. Daher habe sie am Vortag nochmals eine E-Mail geschrieben und die entsprechenden Punkte nachgereicht. Sie bittet darum, diese bei der Beratung zu berücksichtigen. Weiter führt sie aus, dass 75 % der Eltern nicht für ein achtstündiges Ganztagsangebot gestimmt haben, sondern für ein Modell mit sieben Stunden an vier Tagen. Acht Stunden seien aus Sicht vieler Eltern zu lang.

Eine weitere Bürgerin aus Berghausen berichtet, dass auch sie Mitglied der Arbeitsgruppe gewesen sei. Ihrer Wahrnehmung nach spreche sich die Mehrheit der Eltern gegen eine Ganztagschule in der vorgesehenen Form aus. Auch sie halte maximal sieben Stunden für sinnvoll.

Ein Bürger aus Berghausen erklärt, dass er Vater von zwei Töchtern sei. Aus seiner beruflichen Erfahrung als Arbeitgeber wisse er, dass Kostensteigerungen und Erhöhungen grundsätzlich nachvollziehbar seien. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage sei er jedoch nicht vollständig einverstanden. Insbesondere sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass die Vielfalt der bisherigen Freizeitangebote künftig vollständig innerhalb der Schule abgebildet werden könne. Er appelliert an den Gemeinderat, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger angemessen zu berücksichtigen. Auch er spricht sich für eine maximale Betreuungsdauer von sieben Stunden aus.

Eine weitere Bürgerin aus Berghausen erklärt, dass sie stellvertretend für mehrere Eltern spreche. Im Hinblick auf Tagesordnungspunkt 5 betont sie, dass eine gute und verlässliche Betreuung selbstverständlich Geld koste. Die Eltern stünden einer Erhöhung der Gebühren grundsätzlich nicht dagegen. Aus ihrer Sicht fehle aber die notwendige Transparenz hinsichtlich der geplanten Anpassungen sowie der kurzfristigen Umsetzung.

Sie verweist unter anderem auf die Orientierung an den Vorgaben der Landesregierung. Zudem fehle in der aktuellen Vorlage eine ausreichende Kostentransparenz. Insbesondere sei nicht ersichtlich, welche Einnahmen derzeit erzielt würden und ob die geplanten Mehreinnahmen in Höhe von 100.000 Euro tatsächlich erforderlich seien.

Weiter bedankt sie sich ausdrücklich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für deren eingebrachte Anträge. Der Gesamtelternbeirat habe den Vorschlag der Grünen leicht angepasst und bittet den Gemeinderat um eine moderate Erhöhung von zehn Prozent, die Beibehaltung der Geschwisterregelung sowie den Verzicht auf weitere Erhöhungen bis zum Jahr 2027.

Die Anpassung der Verpflegungspauschale könne aus Sicht der Eltern nachvollzogen werden.

Abschließend erklärt sie, dass der Gesamtelternbeirat bei der Beratung solcher systemrelevanten Themen gerne zur Verfügung stehe und sich eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Akteure wünsche.



2. Ausbau Deutsche Glasfaser

- Aktueller Stand**
- Weitere Vorgehensweise**
- Kenntnisnahme und Information**

Herr Watteroth vom Landratsamt Karlsruhe berichtet, dass in den vergangenen Jahren der flächendeckende Glasfaserausbau als zentrales Ziel beworben worden sei. Für die Gemeinde Pfinztal sei der Ausbau aktuell für den Zeitraum 2027/2028 vorgesehen, wobei sich dieser nur auf bestimmte Bereiche beziehe.

Nach aktuellem Stand sei die ursprünglich angekündigte flächendeckende Umsetzung in der geplanten Form nicht mehr in allen Bereichen realisierbar. Gründe hierfür seien insbesondere stark gestiegene Tiefbaukosten sowie Zinsentwicklungen, die alle Telekommunikationsunternehmen betreffen. Dennoch werde das Ziel eines flächendeckenden Glasfaserausbaus weiterhin verfolgt.

Eine landkreisweite einheitliche Strategie gebe es derzeit nicht, vielmehr müsse die jeweilige Situation in den einzelnen Kommunen betrachtet werden. Die Deutsche Glasfaser habe in neun Gemeinden ausgebaut und damit einen Beitrag zur Annäherung an das Ziel der flächendeckenden Versorgung geleistet, jedoch zeige sich kein vollständig homogenes Ausbaubereich.

Für einzelne Kommunen, wie Marxzell und Kürnbach, bestehe weiterhin eine Umsetzungsperspektive. In weiteren Bereichen liegen Förderbescheide vor, unter anderem in Karlsbad, Auerbach, Mutschelbach sowie Pfinztal. Für Pfinztal werde davon ausgegangen, dass rund 98 % eigenwirtschaftlich ausgebaut werden könnten, wobei der tatsächliche Umsetzungszeitpunkt noch offen sei.

Weiterhin erläutert er, dass es zudem eine bestehende Förderkulisse gebe, die berücksichtigt werden müsse. Es sei bereits eine Rückmeldung an das Innenministerium erfolgt, zudem habe ein Austausch mit weiteren Unternehmen zur Marktentwicklung stattgefunden.

Zur sogenannten Marktbündelung führt er aus, dass sogenannte „weiße bzw. schwarze Flecken“ identifiziert worden seien, in denen theoretisch auch die Telekom tätig werden könne. Kommunale Überbauungen seien in diesen Bereichen nicht zulässig. Ziel sei es daher, eine möglichst flächendeckende Versorgung zu erreichen, auch wenn diese nicht ausschließlich über Glasfaser erfolge.

Für das Schulzentrum Berghausen werde der Ausbau voraussichtlich in den Pflingstferien abgeschlossen.

Zudem werde derzeit die Erschließung von Aussiedlerhöfen geprüft.

Weiterhin werde intensiv beraten, da zahlreiche Bürgerinnen und Bürger entsprechende Verträge abgeschlossen haben. Diese Verträge haben eine Laufzeit von zwei Jahren ab Unterschrift. Sollte der Ausbau innerhalb dieses Zeitraums nicht erfolgen, bestehe anschließend ein Kündigungsrecht.

Er weist darauf hin, dass dies zwar verbraucherrechtlich sinnvoll sei, zugleich jedoch eine Ursache für Verzögerungen darstellen könne. Er empfiehlt, bestehende Verträge zunächst bestehen zu lassen, da sich die Marktsituation künftig wieder ändern könne.

Abschließend betont er, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau in den sogenannten „schwarzen Flecken“ derzeit die einzige realistische Möglichkeit zur Umsetzung des Glasfaserausbaus darstelle.



Fördermittel werden dort eingesetzt, wo sie möglich seien. Gleichzeitig werde der Druck auf den Innenbereich weiter zunehmen, während in Außenbereichen teilweise bereits leistungsfähige Netze vorhanden seien. Ziel bleibe eine konsequente Weiterentwicklung des Ausbaus im gesamten Gemeindegebiet.

Bürgermeisterin Bodner weist darauf hin, dass der kommunale Breitbandausbau bereits vor Jahren gestartet worden sei und hierfür eine eigene Stelle geschaffen wurde. Weiterhin weist sie darauf hin, dass der Ausbau organisatorisch über die Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH (BLK) gesteuert werde und die Kommunen finanziell beteiligt seien. Sie bittet um Konkretisierung hinsichtlich des weiteren Zeitplans.

Herr Watteroth erklärt, dass derzeit kein reines „Abwarten“ vorgesehen sei. Vielmehr würden gemeinsam mit Fördergebern und dem Land weitere Ausbaucuster definiert, um eine schrittweise Umsetzung im Landkreis zu ermöglichen. In Bereichen mit bereits laufenden Maßnahmen werde in Abstimmung mit dem Ministerium nach Lösungen gesucht. Zudem werde ein Eigenanteil von rund 10 % zugrunde gelegt.

Gemeinderat Schwarz bedankt sich für die Informationen und äußert, dass die diese ernüchternd seien. Er fragt, ob Pfinztal eine besondere Situation im Vergleich zu anderen Landkreisen habe und wie es konkret weitergehen solle. Zudem stellt er die Frage nach den konkreten Aufgaben der Kommunen.

Gemeinderätin Konstandin äußert, dass die Deutsche Glasfaser sich nicht endgültig zurückgezogen habe und noch Hoffnung bestehe. Sie warnt jedoch davor, ausschließlich auf Bund und Land zu setzen. Sie regt an, ob die Kommune auch eigene Wege außerhalb der bisherigen Strukturen gehen könne.

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, dass die Telekom einen eigenwirtschaftlichen Ausbau aktuell abgelehnt habe.

Gemeinderat Ringwald fragt, ob die Gefahr bestehe, dass es zu „Rosinenpickerei“ durch Anbieter komme und wie verhindert werde, dass einzelne Gebiete unversorgt bleiben. Zudem betont er den Wunsch, am ursprünglichen Antrag festzuhalten und nicht lediglich auf Entwicklungen zu hoffen.

Herr Watteroth erläutert, dass ein eigenständiger kommunaler Ausbau grundsätzlich möglich sei, jedoch erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen erfordere. Er verweist auf die Komplexität und die hohen Investitionskosten eines solchen Vorhabens sowie auf die Förderlogik.

Zudem betont er, dass bei einem nicht förderkonformen Vorgehen rechtliche Risiken für die Verwaltung entstehen könnten. Die Entscheidung über den weiteren Weg liege letztlich bei der Kommune.

Gemeinderat Rothweiler äußert deutliche Zweifel an der aktuellen Situation und verweist auf die angespannte Finanzlage der Gemeinde. Er fordert klare Perspektiven und fragt, wie es konkret weitergehen solle.

Herr Watteroth entgegnet, dass Investitionen nur dort erfolgen könnten, wo sie wirtschaftlich darstellbar seien. Ohne ausreichende Finanzierung sei eine Umsetzung nicht möglich. Er betont erneut, dass sowohl kommunale als auch private Lösungen grundsätzlich denkbar seien, sofern die finanziellen Rahmenbedingungen dies zuließen.



Bürgermeisterin Bodner kündigt ein weiteres Gespräch mit der BLK in zwei Wochen an.

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

3. Breitbandversorgung Schnellermühle Berghausen und Aussiedlerhöfe - Auftragsvergabe nach Ausschreibung - Beratung und Beschlussfassung

Zu Beginn der Beratung erklärt **Gemeinderat Wenz** seine Befangenheit und nimmt an der Beratung nicht teil.

Herr Watteroth informiert, dass die Maßnahme Teil der fortschreitenden Glasfaserstrategie im Gemeindegebiet sei. Ziel sei es, auch in Ortsrandlagen und bei Aussiedlerhöfen eine ausreichende digitale Infrastruktur sicherzustellen, da dort lange Zeit keine gesicherte Versorgung durch private Anbieter absehbar gewesen sei.

Er erläutert, dass insbesondere für die Aussiedlerhöfe bereits seit Jahren keine Ausbauabsichten privater Telekommunikationsunternehmen bestehen. Die Gemeinde Pfinztal sei daher der interkommunalen Zusammenarbeit im Landkreis Karlsruhe (IKZ) beigetreten, um dort tätig zu werden, wo kein eigenwirtschaftlicher Ausbau erfolge.

Der Gemeinderat habe im April 2023 die BLK mit der Ausschreibung einer Glasfasertrasse im Bereich Bildungszentrum bis zur Lehmgrubenstraße beauftragt. Im Zuge der Planungen sei die Erweiterung um die Schnellermühle sowie die Aussiedlerhöfe aufgenommen worden.

Für die Maßnahme stehen Fördermittel aus Bund und Land zur Verfügung, sodass eine Förderung von bis zu 90 % der förderfähigen Kosten möglich sei. Die Ausschreibung wurde durchgeführt, es liegen mehrere Angebote vor.

Herr Watteroth weist ergänzend darauf hin, dass der Ausbau bewusst auch in den Ortsbereich hinein geplant sei, um dort langfristig stabile Rahmenbedingungen für die Digitalisierung zu schaffen. Eine Zustimmung zur Vergabe werde empfohlen.

Gemeinderat Dr. Gettwert fragt, ob es keine kostengünstigere Alternative zur Versorgung der Aussiedlerhöfe gebe.

Herr Watteroth entgegnet, dass grundsätzlich verschiedene Technologien möglich seien (z. B. Funk oder Satellit), jedoch Glasfaser die zukunftsicherste und ausfallsicherste Lösung darstelle. Auch alternative Lösungen würden langfristig Kosten verursachen.

Gemeinderat Dr. Gettwert äußert, dass er es nicht für verhältnismäßig halte, hohe Investitionen für wenige Aussiedlerhöfe vorzunehmen, wenn diese Mittel andernorts besser eingesetzt werden könnten.

Gemeinderat Rothweiler fragt nach der Sicherheit der zugesagten Fördermittel. Er betont, dass es sich letztlich um öffentliche Mittel handle, die an anderer Stelle fehlen würden.

Herr Watteroth erklärt, dass ein Förderbescheid vorliege und die Gemeinde sich auf einen Förderaufruf hin beteiligt habe.



Er merkt an, dass es aus seiner Sicht hilfreich gewesen wäre, wenn frühzeitig klar gewesen wäre, dass die Aussiedlerhöfe nicht erschlossen werden sollen, da dies Planungsaufwand erspart hätte.

Ohne Umsetzung der Maßnahme würden die Fördermittel entfallen. Eine Umverteilung sei rechtlich nicht möglich.

Bürgermeisterin Bodner erinnert daran, dass der Gemeinderat bereits grundsätzlich den Ausbauwunsch geäußert habe. Sie führt aus, dass es aus ihrer Sicht unverantwortlich wäre, das vorliegende Angebot abzulehnen. Die Entscheidung liege jedoch in der Zuständigkeit des Gemeinderats.

Gemeinderat Hörter fragt, ob bei einem Rücktritt von der Ausschreibung Schadensersatzforderungen entstehen könnten.

Gemeinderat Schwarz beschreibt die Situation als schwierig, spricht sich jedoch für die Umsetzung der Maßnahme aus, da hierdurch die Versorgung der Aussiedlerhöfe verbessert werde und bereits Fördermittel zugesagt seien. Die bisherige Entscheidungslage spreche für eine Umsetzung.

Bürgermeisterin Bodner betont erneut, dass der Auftrag bereits erteilt worden sei und ein Rückzug nicht verantwortungsvoll erscheine.

Herr Watteroth weist darauf hin, dass bei EU-weiten Ausschreibungen rechtliche Bindungen bestünden und ein Rücktritt entsprechend Risiken bergen könne. Die Maßnahme sei im Rahmen der Förderkulisse begründet worden.

Gemeinderat Drescher ergänzt, dass das Votum für den Ausbau von Schnellermühle und den Aussiedlerhöfen bereits erfolgt sei, da ursprünglich von einem eigen-wirtschaftlichen Ausbau durch private Anbieter ausgegangen worden sei.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt

1. im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung hervorgegangenen technisch-wirtschaftlichsten Angebot der Simplexfuture GmbH für 822.569,42 € zzgl. MwSt. für den FTTB/H-Ausbau im Förderprojekt Schnellermühle und Aussiedlerhöfe (Aktenzeichen 712/25-AZ) den Zuschlag zu erteilen.
2. die Bürgermeisterin, den Landrat des Landkreises Karlsruhe zu ermächtigen, den vorläufigen Bundesförderbescheid mit den Angaben der Ausschreibung zu konkretisieren und einen finalen Bundesförderbescheid beim Projektträger atene KOM zu erwirken.
3. die Verwaltung notwendige Anordnungen, Erlasse und Begleitmaßnahmen zur Umsetzung des Projektes durchzuführen und den obsiegten Bieter bei der Realisierung des geförderten Projektes zu unterstützen.

Das Gremium hat dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt.

20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung



4. Einrichtung einer Ganztagesgrundschule an der Schloßgartenschule Berg- hausen - Beratung und Beschlussfassung

Amtsleiter Sturm teilt mit, dass der Gemeinderat den Beschluss gefasst habe, eine Ganztageschule einzurichten. In diesem Zusammenhang seien alle Eltern zu einem Gespräch eingeladen und eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Er spricht allen Beteiligten seinen Dank für die Mitarbeit aus.

Der Wunsch aus der Elternschaft sei gewesen, eine Umfrage durchzuführen. Die Ergebnisse zeigten, dass die meisten Eltern die Wahlform und nicht die Pflichtform bevorzugten.

Als konkrete Wünsche aus der Elternschaft werden ein Modell mit drei Tagen à sieben Stunden genannt. Früh- und Spätbetreuung solle zusätzlich buchbar sein. Außerdem sei der Wunsch geäußert worden, dass, falls das Modell mit drei Tagen nicht umsetzbar sei, alternativ auch ein Modell mit vier Tagen in Betracht gezogen werden könne.

Herr Springer (Schulamt) erläutert, dass die Umfrage zwar eine wichtige Grundlage darstelle, jedoch nur einmal durchgeführt worden sei und auch Personen beteiligt gewesen seien, die das Betreuungsangebot nicht zwingend nutzen würden. Aus pädagogischer Sicht werde das 8-Stunden-Modell bevorzugt. Nur so könnten ausreichend Zeitfenster für Lernphasen, Förderangebote sowie Freizeitgestaltung geschaffen werden. Zudem entstehe dadurch ein stabiler Tagesrhythmus.

Rektorin Jäger betont, dass die Schule nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort sei. Ziel sei es, die Kinder individuell zu fördern und ein breites Angebot an musikalischen, sportlichen und kreativen Aktivitäten zu ermöglichen. Diese Angebote sollten künftig stärker mit lokalen Vereinen ausgebaut werden. Bereits bestehende Kooperationen, etwa im Bereich Musik und Sport, haben sich bewährt.

Gemeinderat Schwarz bedankt sich für die Erläuterungen. Er fragt, ob bei einem 3-Tage-8-Stunden-Modell an diesen Tagen keine Hausaufgaben mehr stattfinden und bittet um eine Beschreibung eines Tagesablaufs.

Herr Springer erläutert, dass keine klassischen täglichen Hausaufgaben mehr vorgesehen seien, sondern Wochenaufgaben. Eltern können selbst entscheiden, wann diese erledigt werden. Der Unterricht sei so strukturiert, dass vormittags maximal 4,5 bis 5 Stunden Unterricht stattfinden, ergänzt durch Bewegungspausen. Der Tag ende je nach Modell gegen 14:45 Uhr (7-Stunden-Variante) bzw. später im 8-Stunden-Modell. Nach dem Mittagessen folgten Lernzeiten sowie pädagogische Angebote.

Rektorin Jäger ergänzt die konkrete Tagesstruktur: Unterricht ab 8 Uhr, Mittagessen und Bewegung von 12:35 bis 14:00 Uhr, anschließend Lernzeit und weitere Angebote bis etwa 16 Uhr.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart teilt mit, dass innerhalb ihrer Fraktion die Frage aufkam, ob die Kinder nicht überfordert werden. Erwachsene seien mit 8 Stunden schon überfordert. Sie fragt nach, wie eine Integration von Vereinsaktivitäten am Nachmittag gewährleistet werden könne.

Rektorin Jäger erklärt, dass jedes Kind unterschiedlich sei. Einige Kinder seien bereits mit dem Halbtagesangebot überfordert.



Durch längere Pausen und flexible Angebote wollen sie Überforderung vermeiden. Ziel sei zudem ein enger Ausbau der Kooperation mit Vereinen.

Gemeinderat Kröner kritisiert, dass im Halbtagsmodell nur sehr kurze Pausen möglich seien und fragt nach der Betreuung in der Mittagspause.

Herr Springer erklärt, dass eine betreute Mittagspause vorgesehen sei und hierfür Kooperationspartner eingesetzt würden, die bezuschusst werden.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Dr. Gettwert** erläutert **Herr Springer**, dass Studien keine eindeutige Präferenz für 7 oder 8 Stunden belegten, sondern dies individuell zu betrachten sei. Zudem könnten Kinder im Ganztagsmodell besser gefördert werden.

Gemeinderat Dr. Gettwert fragt weiter nach, ab welcher Teilnehmerzahl das Ganztagesangebot geschaffen werde.

Herr Springer erwidert, dass mindestens 25 Anmeldungen vorliegen müssen.

Gemeinderätin Konstandin fragt nach der Vereinbarkeit mit bestehenden Hortstrukturen und nach der Betreuung an den Tagen ohne Ganztags.

Amtsleiter Sturm erklärt, dass der klassische Hort in dieser Form wegfallen und durch kommunale Betreuung ersetzt werde.

Herr Springer ergänzt, dass an allen Tagen eine kommunale Betreuung vorgesehen sei.

Gemeinderat Drescher äußert, dass die Einführung der Ganztagschule grundsätzlich gewünscht sei, die Entscheidung zwischen 7- und 8-Stunden-Modell jedoch noch abzuwägen sei.

Herr Springer führt aus, dass das 8-Stunden-Modell pädagogische Vorteile biete, insbesondere durch mehr Zeit für Angebote, Rhythmisierung und Kooperationen mit Vereinen.

Rektorin Jäger ergänzt, dass insbesondere die längere Mittagspause auch der Erholung und dem sozialen Miteinander diene.

Gemeinderätin Schwab betont, dass das 8-Stunden-Modell pädagogisch nachvollziehbar sei, er aber auch die Elternperspektive sehe. Sie fragt nach der Einbindung der Vereine.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, dass hierzu noch keine Gespräche geführt worden seien, da zunächst der politische Beschluss abgewartet werde.

Herr Springer stellt klar, dass Vereine ergänzende Angebote darstellen und nicht die Verantwortung der Schule ersetzen sollen. Die Koordination der Angebote erfolge durch die Schulleitung.

Rektorin Jäger ergänzt, dass auch Lehrkräfte in den Nachmittag eingebunden bleiben sollen.

Herr Springer erläutert weiter, dass die Wahl des Modells verbindlich für ein Schuljahr erfolgen müsse und spätere Änderungen zwar möglich, aber organisatorisch schwierig seien. Zudem könne bei Wahl des 7-Stunden-Modells eine zusätzliche Betreuung erforderlich werden.



Auf Nachfrage bestätigt er, dass Halbtagskinder nicht spontan in das Ganztagsangebot wechseln können. Ebenso sei ein vorzeitiges Abholen im 8-Stunden-Modell nicht vorgesehen.

Gemeinderätin Reichenbacher fragt nach der Finanzierung einer zusätzlichen Stunde im Ganztagsmodell.

Amtsleiter Sturm erklärt, dass diese über kommunale Betreuung abgedeckt werden müsse.

Gemeinderat Schwarz spricht sich für das 3-Tage-8-Stunden-Modell aus.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, ab dem Schuljahr 2027/28 an der Schloßgartenschule Berghausen eine Ganztagesgrundschule in Wahlform mit folgenden Rahmenbedingungen einzuführen:

- 1. Der Ganztagsbetrieb findet an drei Tagen pro Woche statt.**
- 2. Das Gremium legt fest, ob der Ganztagsbetrieb pro Tag einen Umfang von**
 - 8 Stunden (Variante A) oder
 - 7 Stunden (Variante B)**umfasst**
- 3. An den übrigen beiden Wochentagen findet Halbtagsunterricht statt.**
- 4. In Ergänzung zum Schulbetrieb stellt die Gemeinde kostenpflichtiges Betreuungsangebot sicher, das den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllt (einschließlich Betreuungszeiten vor und nach dem Unterricht)**

Das Gremium hat dem Beschlussvorschlag wie folgt zugestimmt:

- 1. Einstimmig**
- 2. 8 Stunden: 17 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen**
- 3. 21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung**
- 4. Einstimmig**

5. Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen - Beratung und Beschluss

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, dass die Verwaltung dem Gemeinderat jedes Jahr einen Vorschlag zu den Gebühren unterbreite. Die Entscheidung über die Gebühren treffe letztlich der Gemeinderat.

Amtsleiter Broll erläutert, dass das Thema bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss beraten worden sei und dort verschiedene Modelle vorgestellt wurden. Anhand der Präsentation stellt er dar, wie sich die Beiträge entwickelt haben.

Die Kosten steigen jährlich, die Einnahmen aus Elternbeiträgen sowie die Landeszuschüsse hingegen jedoch nicht.

Amtsleiter Broll erläutert weiterhin anhand der Präsentation das bisherige Beitragsverhältnis zwischen Ein- und Mehrkindfamilien und unterbreitet einen konkreten Vorschlag.

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass es sich aus Sicht der Verwaltung um einen Vorschlag handle, mit dem gearbeitet werden könne.



Gemeinderätin Lühje-Lenhart erklärt, dass bereits in der vergangenen Woche intensiv diskutiert und viele Gespräche mit Eltern geführt worden seien. Die Fraktion habe hierzu zwei Anträge gestellt, die Gemeinderat Schwarz vorstellen werde.

Sie betont ausdrücklich, dass es sich dabei nicht um Kritik oder Schuldzuweisungen gegenüber der Verwaltung handle. Vielmehr wolle man ausdrücklich die Arbeit von Amtsleiter Sturm loben, der sich seit Jahren für die Interessen der Familien einsetze und dafür Sorge, dass jedes Kind einen Platz erhalte. Pfinztal sei im Bereich Betreuung ein „Leuchtturm“.

Sie führt weiter aus, dass sich die Rahmenbedingungen für Familien in den vergangenen zehn Jahren stark verändert habe. Man wünsche sich heute vielfach, dass beide Elternteile arbeiten könnten. Auch die Reaktionen der Eltern würden zeigen, dass sich die Anforderungen verändert haben. Deshalb halte man eine Neukonzeption für notwendig.

Gemeinderat Schwarz erläutert den Antrag der Grünen/Linken.

Er führt aus, dass die vorgesehenen Änderungen für manche Familien erhebliche Mehrbelastungen bedeuten würden. Durch die Kombination aus Gebührenerhöhung und Änderung der Geschwisterregelung könnten Kostensteigerungen von bis zu 70 % entstehen. Dadurch gehe Planungssicherheit verloren.

Er erklärt, dass er selbst Vater von drei Kindern sei und die Problematik daher kenne. Wenn sich die finanzielle Situation von Familien kurzfristig ändere, könne dies schwierig werden. Die vorgesehene Steigerung halte man daher für zu hoch.

Gemeinderat Schwarz führt weiterhin aus, dass die Geschwisterregelung breiter diskutiert werden müsse. Die Kinderbetreuung habe einen wesentlichen Einfluss auf den Haushalt vieler Familien.

Zudem kritisiert er, dass die Kostenstrukturen der Träger für den Gemeinderat nur schwer nachvollziehbar seien. Deshalb fordere man ein Konzept zur transparenten Darstellung der Kosten sowie die Wiedereinführung eines Kindergarten-Kuratoriums.

Er verweist außerdem auf den Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 6. Die Kosten dürften nicht allein auf Ein-Kind-Familien abgewälzt werden.

Amtsleiter Sturm erklärt, dass die Kostenentwicklungen in den vergangenen Jahren regelmäßig dargestellt worden seien, dies jedoch kaum Interesse hervorgerufen habe. Diesmal habe man den Ansatz gewählt zu fragen, wie hoch der Anteil derjenigen sein solle, die die Einrichtung nutzen.

Zu Antrag Nr. 2 führt **Amtsleiter Sturm** aus, dass man sich über den Antrag gewundert habe. Die Verwaltung beschäftige sich seit über 20 Jahren mit dieser Thematik. Die Kostenstruktur liege vor, ebenso ein 44-seitiges Konzept. Seit 2013 seien rund 300 neue Plätze geschaffen worden. Gleichzeitig seien die Anforderungen, etwa durch höhere Personalkosten oder Beschäftigungsverbote bei Schwangerschaften, deutlich gestiegen.

Er betont, dass ständig Priorisierungen und Optimierungen vorgenommen werden und dies zu seinem täglichen Aufgabenbereich gehöre. Wenn jede einzelne Entscheidung erneut ins Gremium getragen werden müsse, sei ein zügiges Arbeiten kaum möglich. Noch schwieriger werde es, wenn es sich um sicherheitsrelevante Themen handele.

Zum Thema Kuratorium erklärt **Amtsleiter Sturm**, dass dort früher deutlich konfliktreichere Diskussionen geführt worden seien, insbesondere zur Ganztagesbetreuung. Inzwischen habe sich die Situation entspannt.

Abschließend weist er darauf hin, dass die Beratungen inzwischen öffentlich im Verwaltungs- und Finanzausschuss stattfinden und es sich bei den vorgestellten Zahlen ausdrücklich um einen Vorschlag handle.



Gemeinderätin Schneider bedankt sich bei Herrn Sturm für dessen langjähriges Engagement. Die CDU-Fraktion sehe sich nicht als verwaltungskritisch und spreche sich entschieden gegen den Antrag der Grünen/Linken aus.

Kinderbetreuung sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde und zugleich ein hoch emotionales Thema. Langfristig wünsche man sich zwar ein kostenfreies Angebot, dies sei derzeit jedoch weder kurzfristig noch langfristig realistisch.

Sie betont, dass ausreichende Betreuungsplätze nicht nur für Berufstätige notwendig seien, sondern beispielsweise auch bei Krankheits- oder Pflegefällen innerhalb der Familie.

Die vorgeschlagene Gebührenanpassung liege weiterhin unter dem landesweiten Durchschnitt. Sie spreche sich daher grundsätzlich für die vorgeschlagene Staffelung aus.

Gemeinsam mit der CDU werde jedoch vorgeschlagen, die vorgesehene Erhöhung zum 01.03.2027 auf den 01.09.2027 zu verschieben.

Gemeinderat Creutzmann erklärt, dass seine Kritik nicht persönlich gemeint sei. Bildung beginne bereits in der Kita. Niemand komme auf die Idee, für Schulbildung Gebühren zu verlangen. Deshalb spreche man sich grundsätzlich gegen Kita-Gebühren aus.

Er betont, dass auch bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig seien. Andere Kommunen würden bereits zeigen, dass dies möglich sei, wie beispielsweise Heidelberg oder die Pfalz.

Gemeinderat Ringwald bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Aufbereitung der Vorlage sowie die Gespräche mit Eltern in der kurzen Zeit seit dem letzten Ausschuss.

Seine Fraktion lehne den Antrag der Grünen/Linken ebenfalls ab. Man sehe das gute Betreuungsangebot in Pfinztal und halte die vorgeschlagene Erhöhung für das Maximum dessen, was vertretbar sei. Die Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag mehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Schwarz erklärt erneut, dass der Antrag nicht als Kritik an der Verwaltung gemeint sei. Er könne allerdings nicht nachvollziehen, wie bestimmte Prozentwerte berechnet worden seien. Zudem kritisiert er die prozessuale Vorgehensweise.

Er verweist darauf, dass die angestrebten 20 % Kostendeckung nur bei vollständiger Kostenübernahme durch Familien erreicht würden. Auch im Kindergartenbedarfsplan werde die Betreuungssituation grundsätzlich positiv dargestellt.

Er erinnert zudem an vergleichbare Diskussionen im vergangenen Jahr bei den Hallenbenutzungsgebühren.

Amtsleiter Broll erklärt, dass das Thema sehr heterogen sei und sich die Einrichtungen nicht ohne Weiteres vergleichen ließen. Das Betreuungsangebot sei derzeit ausreichend und es gebe keine Wartelisten.

Eine deutliche Kostensenkung sei nur möglich, wenn gleichzeitig Leistungen reduziert würden. Wir haben einen Bedarfsplan, den wir zu erfüllen haben.

Gemeinderat Dr. Gettwert erklärt, dass er Amtsleiter Sturm um dessen schwierige Aufgabe nicht beneide. Er fragt nach der konkreten Höhe der Mehreinnahmen und deren tatsächlichem Effekt auf den Haushalt. Besonders betroffen sei aus seiner Sicht die Mittelschicht. Seine Fraktion werde dem Vorschlag daher nicht zustimmen.

Amtsleiter Sturm antwortet, dass es um Mehreinnahmen von rund 100.000 € gehe. Ziel sei jedoch nicht die Sanierung des Haushalts, sondern ein Vorschlag der Verwaltung zur Anpassung der Beiträge.



Gemeinderat Drescher erklärt, dass er bei Amtsleiter Sturm deutlich erkenne, mit wie viel Herzblut dieser sich der Betreuungsthematik widme.

Er weist darauf hin, dass die gleichzeitige Änderung von Gebührenhöhe und Geschwisterregelung bei vielen Eltern auf Unverständnis stoße. Rückmeldungen aus der Elternschaft haben gezeigt, dass eine lineare Preissteigerung grundsätzlich nachvollziehbar sei. Die Kombination mit der Änderung der Geschwisterstaffelung erwecke jedoch den Eindruck zusätzlicher Einnahmengenerierung.

Deshalb halte er es für sinnvoll, die lineare Preissteigerung von der Geschwisterregelung zu trennen. Langfristiges Ziel müsse eine kostenfreie Kinderbetreuung bleiben, hierfür seien jedoch Bund und Land in der Verantwortung.

Gemeinderätin Schneider fragt nach, ob es die „Pfinztäler Förderung“ noch gebe. Weiterhin fragt sie nach, ob über das Projekt „Ein Herz für Pfinztal“ gesponsert werden könne. Dies könne man auch für das Betreuungsangebot anwenden.

Außerdem merkt sie an, dass der angegebene Deckungsgrad von 12,5 % wohl nur erreicht werde, wenn auch die dritte Erhöhungsstufe umgesetzt werde.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart erklärt abschließend, dass ihr insbesondere wichtig sei, das Kuratorium wieder stärker einzubinden. Dialogformate müssten künftig regelmäßig stattfinden, min. 3x im Jahr.

Sie weist darauf hin, dass bereits ein Gesamtkuratorium existiere, sie jedoch ein kleineres und kurzfristig einberufbares Gremium meine.

Gemeinderat Ringwald ergänzt, dass ein kleineres Kuratorium sinnvoll sein könne. Über die konkrete Ausgestaltung sollte gegebenenfalls nochmals im Ältestenrat gesprochen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Anhebung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen ab dem 01.09.2026 wie vorgeschlagen.

Das Gremium hat wie folgt abgestimmt:

Familienstaffelung:

Wie von der Verwaltung vorgeschlagen

15 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Gebührenanpassung:

Verwaltungsvorschlag mit Verschiebung der Erhöhung vom 01.03.2027 auf den 01.09.2027; letzte Erhöhungsstufe entfällt.

15 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Verpflegungsentgelt:

Erhöhung von 60 € auf 80 €

20 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Antrag der Grünen/Linken

4 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen 1 Enthaltung



**6. Elternbeiträge in der Schülerbetreuung
- Beratung und Beschluss**

Amtsleiter Sturm führt aus, dass kein gesonderter Fachvortrag notwendig sei.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die in Ziff. 6 vorgeschlagenen Anpassungen der Familienstaffel, der Betreuungs- und Verpflegungsentgelte sowie der Entgelte für die Ferienbetreuung zum 01.09.2026.

Das Gremium hat wie folgt abgestimmt:

Anpassung der Familienstaffelung entsprechend dem Verwaltungsvorschlag:

15 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Anpassung der Betreuungsentgelte - Variante 2 der Verwaltungsvorlage:

18 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Erhöhung des Verpflegungsentgelts von 60,00 € auf 80,00 € ab dem 01.09.2026:

20 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Anpassung der Entgelte für die Ferienbetreuung entsprechend dem Verwaltungsvorschlag:

20 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

**7. Änderung der Hauptsatzung - Änderungssatzung 2026
- Beratung und Beschlussfassung**

Keine Wortmeldungen

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Änderungssatzung zur Hauptsatzung wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Das Gremium hat dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

**8. "Grüner Wohnen in der Wesebachstraße", OT Söllingen
- Anpassung Durchführungsvertrag
- Beratung und Beschlussfassung**

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Änderungsvereinbarung des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Grüner Wohnen in der Wesebachstraße“, OT Söllingen, wird zugestimmt. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die Änderungsvereinbarung zu unterzeichnen.



Das Gremium hat dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt.
16 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

- 9. Bebauungsplan "Heilbrunn-Engelfeld", 2. Änderung - Sportanlage, OT Söllingen**
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- Beratung und Beschlussfassung

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, werden die zum Entwurf der Bebauungsplanänderung abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Synopse berücksichtigt bzw. bleiben unberücksichtigt.

2. Die Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 13.03.2026 wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen.

Das Gremium hat dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt:

16 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

10. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Keine Wortmeldung.

11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Lüthje-Lenhart berichtet, dass der Spaziergangstreff sehr gut angenommen werde. Beim ersten Treffen seien sieben Personen dabei gewesen, beim zweiten elf und beim heutigen Treffen bereits zwölf Teilnehmende.

Weiter informiert sie, dass sie an einem Workshop zum Thema Mobilität unter Beteiligung des KIT teilgenommen habe. Dieser sei als sehr gewinnbringend erlebt worden und lädt hiermit zum nächsten Workshop am darauffolgenden Tag ein.

12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Bürgerin aus Söllingen teilt mit, dass sie zu Tagesordnungspunkt 5 noch eine Ergänzung einbringen möchte. Innerhalb von drei Tagen sei eine Unterschriftenliste mit 260 Unterschriften zusammengekommen.



Sie bittet darum, dies bei der weiteren Beratung entsprechend zu berücksichtigen und übergibt die Unterschriftenliste an Bürgermeisterin Nicola Bodner.

Eine weitere Bürgerin aus Söllingen führt aus, dass an den Spielplätzen seit über einem Jahr insbesondere die Verkürzung der Hortzeiten sowie die kurzfristige Erhöhung der Betreuungskosten Thema seien. Die Entwicklung der vergangenen zwölf Monate habe bei vielen Eltern zu großer Verunsicherung und teilweise auch zu Verzweiflung geführt, da sich die Angebote für manche Familien finanziell kaum noch tragen ließen.

Sie äußert Zweifel, ob die Entscheidungen tatsächlich an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtet seien und bittet darum, die Eltern künftig stärker in die Prozesse einzubeziehen. Dies betreffe nicht nur die Kita- sondern auch die Schulthemen.

Zudem fragt sie nach den Auswirkungen auf das Hortpersonal und äußert die Sorge, ob eine Aufteilung der Arbeitszeiten für die Mitarbeitenden praktikabel und attraktiv sei. Abschließend betont sie den Wunsch nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Elternschaft.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat
Tilo Reeb

Sabrina Wenz

Gemeinderat
Markus Ringwald